

Abstrakte Diskussionen helfen wenig

Betriebskollektivverträge nicht nur vom wirtschaftlichen Standpunkt sehen -

Kreisleitung Luckenwalde hinkt nach

Es steht fest, daß die betrieblichen Kollektivverträge bei der Mobilisierung der Werktätigen zur Erfüllung unserer Wirtschaftspläne und damit auch im Kampf um den Frieden, gegen die Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland eine entscheidende Rolle spielen.

Trotzdem muß festgestellt werden, daß die Aufgaben zur Entfaltung der politischen Diskussion über den Betriebskollektivvertrag von den Parteileitungen sehr unterschiedlich vorbereitet und durchgeführt wurden. Im einzelnen ist hierzu zu sagen, daß nur die Sekretariate der Kreisleitungen Senftenberg und Westprignitz sich in Sitzungen besonders mit den neuen Betriebskollektivverträgen und den damit im Zusammenhang stehenden Aufgaben beschäftigt haben. Der überwiegende Teil der Kreisleitungen jedoch machte diese wichtige Frage nicht zum Gegenstand einer grundsätzlichen Behandlung im Sekretariat, trotzdem der Genosse Willy Sägebrecht in den beiden letzten Sitzungen der Landesleitung darauf hinwies, sondern überließ den Abteilungen Staatliche Verwaltung und Wirtschaft die weitere Durchführung der zu lösenden Aufgaben.

Ein wesentlicher Mangel besteht darin, daß in bereits durchgeführten seminaristischen Beratungen die Einführung des neuen Betriebskollektivvertrages nicht immer genügend im Zusammenhang mit den politischen Fragen des deutschen Volkes im Kampf um Frieden, Einheit und Hebung des Wohlstandes behandelt wurde. Es ist eine Tatsache, daß einige Kreissekretariate in den seminaristischen Beratungen die ideologischen Fragen nicht in vollem Umfang gelöst und teilweise vernachlässigt haben.

So wurde zum Beispiel die seminaristische Beratung in der MAS Pritzwalk durch das Kreissekretariat Ostprignitz ungenügend vorbereitet. Der Genosse Grützmacher hatte die Aufgabe, die Lektion zu halten. Er verfiel in den Fehler, die Fragen des Betriebskollektivvertrages vom Nur-Wirtschaftler-Standpunkt zu erörtern, ohne dabei auf den politisch-ideologischen Kampf unter den Werktätigen einzugehen. Infolge dieses Mangels wurde in der anschließenden Diskussion auf die einzelnen Fragen nur abstrakt eingegangen. Der Genosse Knobel vom Kreissekretariat kritisierte in seinen Schlußbemerkungen das schlechte Bewußtsein einiger Genossen, die als Nur-Gewerkschafter diskutierten. Jedoch hat er es unterlassen, selbstkritisch die Fehler in der Vorbereitung aufzudecken.

Außerdem haben viele Parteileitungen es noch nicht verstanden, die politische Aufklärungsarbeit so zu organisieren und mit den betrieblichen Problemen zu verbinden, daß alle Kollegen den Sinn und Charakter der neuen Betriebskollektivverträge erkennen. Die Erstellung des Betriebskollektivvertrages bedeutet die breiteste Entfaltung und zugleich die Verwirklichung des Mitbestimmungsrechtes der Gewerkschaften, wie es im Grundgesetz der Arbeit fest-

gelegt ist. Die Betriebskollektivverträge sind ein wichtiges Mittel zur Entfaltung der Masseninitiative, zur größtmöglichen Steigerung der Arbeitsproduktivität, zur weiteren Entwicklung unserer volkseigenen Betriebe, zur Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung und gleichzeitig zur ständigen Verbesserung der Lebenslage aller Werktätigen. Die Betriebskollektivverträge sind damit ein Beitrag zur Schaffung eines einheitlichen, demokratischen und friedliebenden Deutschland, ein Beitrag im Kampf um einen dauerhaften Frieden.

Die Ursachen der noch mangelhaften Arbeit liegen größtenteils in der nicht genügend organisierten politisch-ideologischen Aufklärung unter der Belegschaft der volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betriebe ferner in der Tatsache, daß diese ideologische Arbeit nicht genügend offensiv und konkret durchgeführt wird, sondern viele Par-

Die Parteiorganisation i

frühki

Bei der Durchführung ihrer Aufgaben zur Erfüllung Fünfjahrplanes hat sich die Parteiorganisation NAGEMA, Halle, besonders auch damit befaßt, wie Forderung Walter Ulbrichts auf dem III. Parteitag, m Frauen zur Arbeit heranzuziehen, im eigenen Betrieb i wirklicht werden kann. So wurde im Betrieb zu Ehren Internationalen Frauentages 1951 ein Plan aufgestellt, sich mit der Beschäftigung und weiteren Ausbildung Frauen befaßt.

Der Leitgedanke bei der Erarbeitung dieses Planes v konkrete Vorschläge zur verstärkten Beschäftigung Frauen und zur Durchführung des Gesetzes über Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau im trieb zu erhalten.

Um die Frauen — entsprechend ihrer Bedeutung für gesellschaftliche Leben — verstärkt in den Produktiv prozeß einzubeziehen, wurde der gesamte Betrieb r solchen Möglichkeiten überprüft. Der Anstoß zu diesem I entstand durch die Arbeit am Aktivistenplan; denn Initiatoren des Aktivistenplanes in der Maschinenfab Halle hatten von den Kolleginnen selbst Hinweise kommen, daß im Hinblick auf die verstärkte Frauenai im Betrieb noch große, bisher ungenutzte Möglichke bestehen.

Unter besonderer Mitarbeit der Genossin Personalleit und des Genossen Kulturdirektor wurde eine Kommiss aus Vertretern der Werksleitung, der Parteiorganisation der B GL gebildet, an der auch der Werkarzt, die W ärztin, eine Kollegin der Betriebsfürsorge und der Arb< Schutzingenieur teilnahmen. Diese Kommission studiert allen Abteilungen die Möglichkeiten der Frauenarbeit.

Bei diesem Studium wurde zum Beispiel festgestellt, 'in der Abteilung Vorrichtungsbau bereits Frauen arbe daß hier aber noch wesentlich größere Möglichkeiten für Frauenarbeit bestehen. Weiter stellte die Kommission daß im Hinblick auf die körperliche Konstitution der] bei der Arbeit an der Maschine keine Schwierigkeiten stehen. Voraussetzung ist natürlich, daß schwere Stücke dem Kran herangeführt werden müssen. Aber sonst ist Frauenarbeit ohne besondere technische Änderungen an Maschinen möglich. Es wurde auch festgelegt, unter wel Bedingungen Frauen zu Arbeiten, die eine gewisse QU kation erfordern, eingestellt werden können, das heißt